

WIE WEITER?

In den letzten Monaten wurde Liechtenstein mit verschiedensten schlechten Nachrichten konfrontiert. Angefangen bei den Landesfinanzen über die internationalen Steuerdiskussionen bis zu Stellenabbau bei Industrieunternehmungen. Dies alles bringt Verunsicherung, Zweifel, aber auch die Frage: Wie weiter?

Bevor man diese Frage beantworten kann, muss man sich zuerst einmal darüber klar werden, ob man es mit einem wirtschaftlichen und stimmungsmässigen Wellental zu tun hat, welches in ein paar Monaten oder ein, zwei Jahren überwunden ist, oder ob es um strukturelle Änderungen geht. Ich persönlich meine, dass wir es mit strukturellen Änderungen zu tun haben. Daher müssen wir wohl damit rechnen, dass wir wirtschaftliche und für die Staatsfinanzen empfindliche Dämpfer einstecken müssen. Danach kann es einige Jahre gehen, bis wir das Niveau der letzten Jahre wieder erreichen können. Wir erleben eine Zäsur in der Entwicklung Liechtensteins. Wir waren es gewohnt, dass es im Wirtschaftswachstum immer nur eine Richtung gab: aufwärts. Liechtenstein tritt neu in eine Phase der Umstellung und Änderung. Und Änderung bringt zumindest in einer ersten Phase Unsicherheit hervor. Nachdem Wachstum während 50 Jahren praktisch den Normalfall darstellte, müssen wir uns auf die neuen Realitäten erst einstellen.

Es macht daher konkret bei den **Staatsfinanzen** keinen Sinn, über viele Jahre hinweg einfach aus den Reserven heraus die Löcher auszugleichen, welche wir schon im Jahr 2009, aber auch in den nächsten Jahren erleben werden. Sowohl die Landesfinanzen als auch die Gemeindefinanzen werden unter Druck kommen. Die Reserven können sicherlich genutzt werden, um dies etwas abzufedern. Der Landtag wird aber nicht darum herumkommen, Gesetze mit sogenannten „gebundenen Ausgaben“ kritisch zu durchforsten und Leistungen zu reduzieren. Wir stehen vor der Entscheidung, ob wir in eine Schuldenwirtschaft einsteigen wollen, oder ob wir den unzweifelhaft vorhandenen „Speck“ reduzieren. Die Jahre des scheinbar ungebremsen Wachstums haben dazu geführt, dass im Giesskannenprinzip Geld verteilt wurde. Ein solches Vorhaben - die „Familiengeld-Vorlage“, welche Millionen verschlungen hätte - konnte Ende der letzten Legislaturperiode zum Glück verhindert werden. Es ist aber einfacher, eine neue Ausgabe zu verhindern, als bestehende Leistungen zu reduzieren oder gar abzuschaffen.

Die Wirtschaft wird nämlich weniger Steuern generieren. Dies hängt zum einen mit der generellen, weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise zusammen; zum andern mit der geänderten **Konkurrenzlage**. Gerade im Finanzdienstleistungsbereich ist die Konkurrenz weltweit immer stärker geworden. Verschiedene Finanzplätze bieten zum Teil ähnliche Lösungen wie Liechtenstein an, ohne aber die strengen Vorgaben Liechtensteins einhalten zu müssen; zum anderen muss Liechtenstein sein Steuerregime und wohl auch den Umgang mit den Geheimnissen der Kunden den verschiedenen Entwicklungen anpassen. Dies führt in einer Übergangsphase zur Benachteiligung Liechtensteins. Der Schutz der Privatsphäre war immer ein Markenzeichen für Liechtenstein. Als besondere Dienstleistung und eigenes Produkt kann sie auch dann bestehen, wenn die Kooperation in Steuern verstärkt wird. Ich hoffe zuversichtlich, dass wir auch in Zukunft durch geeignete Massnahmen und Staatsverträge die Vertraulichkeit der Kundendaten wahren können. Wenn unsere Partner in Europa tatsächlich -

und durchaus berechtigt - nur an den Steuern interessiert sind, müssten sie ohne weiteres Abgeltungs- und Quellensteuerlösungen für die Eintreibung der Steuern akzeptieren. Nachdem aber ganz offensichtlich auch ein Wirtschaftskampf statt findet, in dem bestimmte grosse Staaten wie Deutschland und USA ihren umfassenden, fast schon orwellschen, Informationsdurst stillen möchten, ist heute unklar, wohin die Reise in dieser Frage tatsächlich gehen wird.

Verschiedentlich hört man die Frage nach einer Strategie. Die Frage ist derzeit nur schwierig zu beantworten. Es ist nämlich unklar, ob mittel- bis langfristig die Vertraulichkeit und der Schutz der Privatsphäre weiterhin gewahrt bleiben. Rein von der Sache her müsste es, wie gesagt, möglich sein, dem Anliegen auf umfassende Besteuerung von internationalem Einkommen durch Abgeltungssteuern zu begegnen.

Unabhängig davon ist es aber wieder Zeit, dass wir uns **alter Stärken** besinnen. Dazu gehört beispielsweise, dass man sich informell an Behörden wenden kann, um im Sinne von Vorabklärungen Auskünfte über die Behandlung von steuerlichen, gewerblichen oder anderen Aspekten zu erhalten. Dazu gehört aber auch eine unbürokratische Behandlung von Ansuchen. Damit ich nicht falsch verstanden werde: Im Verhältnis mit der Landesverwaltung, aber auch beispielsweise mit der oft gescholtenen FMA, wird dies immer wieder angetroffen. Es handelt sich aber nicht mehr um eine als „Marke“ spürbare Grundhaltung, sondern um löbliche, personen- allenfalls amtsbezogene Ausnahmen.

Dr. Mario Frick

Rechtsanwalt in Schaan

Verwaltungsrat in verschiedenen Unternehmungen